



Kein „Weiter so!“ hinter der Bühne!

Mit ihrem Nein zum EU-Verfassungsvertrag haben Franzosen und Niederländer die EU-Supermacht-Träume vieler Angehöriger der politischen Klasse fürs Erste zerrissen. Da hilft keine Volksbeschimpfung, kein besserwisserisches Herumdeuteln an den Voten, kein autosuggestives „Weiter so!“ Und auch das „Jo“ der Luxemburger – unter dem Eindruck einer Rücktrittsankündigung ihres Regierungschefs für den Fall eines Nein – hat den Verfassungsvertrag nicht gerettet. Denn der muss von allen 25 Mitgliedstaaten ratifiziert werden, um in Kraft zu treten.

Dennoch: Mit der auf dem Krisengipfel vom 17./18.06.05 verordneten „Denkpause“ ist für die KritikerInnen der Neoliberalisierung und Militarisierung per Verfassungsvertrag bestenfalls ein Zwischenziel erreicht. Soll doch diese Denkpause vor allem für effektivere Propaganda und für Änderungen der bestehenden Verträge im Geiste des Verfassungsvertrags genutzt werden - ohne Referenden oder andere „Störungen“. So hat die britische EU-Ratspräsidentschaft noch vor Aufnahme der Amtsgeschäfte u.a. die Durchsetzung der umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie und die Fortsetzung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ angekündigt. Manche EU-Ideologen fordern ganz ungeniert, politische Tatsachen zu schaffen, „von denen die EU-Mitglieder auch im Falle eines endgültigen Scheiterns der Verfassungsratifikation nur schwerlich abrücken können“ (Centrum für angewandte Politikforschung) und im Besonderen die EU-Militarisierung als „Katalysator einer Gemeinsamen Außenpolitik und als Gegenstück einer gemeinsamen Währung“ zu intensivieren (CDU-Außenpolitiker Karl Lamers).

Damit jetzt also nicht hastig und klammheimlich in den Kulissen durchgezogen wird, was auf der offenen Bühne des Verfassungsprozesses nicht zu erreichen ist, heißt es: Auf der Hut sein! Vor allem müssen die im Vorgriff auf den Verfassungsvertrag bereits eingeleiteten Militarisierungsschritte zugunsten einer konsequent zivilen Ausrichtung der Union zurückgenommen werden. Das besagt konkret:

- ◆ Stopp der Aufrüstungsprojekte und Auflösung der Rüstungsagentur - Rüstungskontrolle, Konversion und Abrüstung statt Rüstungsmodernisierung und Aufrüstung
- ◆ Aufgabe der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands und Abschaffung aller Atomwaffen, auch der der EU-Staaten Großbritannien und Frankreich
- ◆ Verzicht auf Europäische Eingreiftruppen und „Schlachtgruppen“ (battlegroups) und Beendigung der EU-Militäreinsätze und der diesbezüglichen Zusammenarbeit mit der NATO
- ◆ Abbruch der Institutionalisierung einer militärpolitischen „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ bzw. eines militärischen Kerneuropas
- ◆ Eindeutige Festlegung auf das Gewalt-Verbot der UN-Charta, auf die Mandatierung durch den UN-Sicherheitsrat und auf die Ablehnung jeder UN-Reform, mit der Präventivkriege ermöglicht werden sollen
- ◆ Sicherstellung einer strikten parlamentarischen sowie der eventuellen gerichtlichen Kontrolle von Militäreinsätzen
- ◆ Anerkennung des Rechts auf bedingte wie kategorische Wehr- und Kriegsdienstverweigerung als logische Konsequenz des Grund- bzw. Menschenrechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

Das Scheitern des EU-Verfassungsvertrags ermöglicht eine andere Politik, die Entwicklung in Richtung einer demokratischen, solidarischen, ökologischen und zivilen Union. Die ist aber noch lange nicht in Sicht und kommt mit Sicherheit nicht von oben und nicht von selbst. Die in Frankreich und den Niederlanden gewonnene Kraft für ein anderes Europa muss zunächst und vor allem für die Verhinderung der (weiteren) EU-Militarisierung genutzt werden.

Zum Ende des letzten Gipfels in Brüssel verkündete der amtierende EU-Ratsvorsitzende Jean Claude Juncker:

„Man darf Europa nicht in diesem Zustand lassen!“

Nun denn!

Betr.: EU-Verfassungsvertrag nach dem Nein der Franzosen und Niederländer

STOPPT DEN KRIEG!
Bonner Friedensbündnis
www.frieden-bonn.de - kontakt@frieden-bonn.de

c/o Eva Neukamp, Hausdorffstraße 92, 53129 Bonn, Email: kontakt@frieden-bonn.de
v i S d P: Jens Koy, Limpericher Str. 172, 53225 Bonn

Spenden: D. Kirsche, Kto.-Nr. 3270165, Sparda-Bank, BLZ 37060590, Stichwort "Frieden"